

Grünschnabel

Nr. 30, Februar 95



ZEITUNG DER UNABHÄNGIGEN WÄHLERGEMEINSCHAFT

Grüne Liste Büttelborn

Jahrgang 1955.

Geburtsort Biebesheim/Rhein,
verheiratet seit 1977,
zwei Jungs im Alter von 7 und
10 Jahren.

Bankkauffrau mit zehnjähriger
Berufserfahrung,
nach der Geburt unserer Söhne -
Berufspause.



Als Mitglied
kommission
auf Kreisebene
wurden folgen-
mir ausgearbeitet:



der Koalitions-
SPD/GRÜNE
(1993-1997)
de Punkte von
Gesundheit, Abfall-
wirtschaft, Sondermüllverbrennungsanlage (SMVA).



Die Tschernobyl-Katastrophe
war mit ein Auslöser für meine
Sensibilisierung im Umwelt-
bereich.

Daher bin ich seit 1987 Mitglied
der Arbeitsgemeinschaft Umwelt
(AGU) Biebesheim, die sich mit den
verschiedensten Umweltbelastungen vor Ort beschäf-
tigt:

- HCH-Skandal der Firma Merck.
 - Bleibelastung der Firma AK Chemie.
 - Sondermüllverbrennungsanlage der HIM
 - Lösungsmittelbelastungen,
 - Atomkraftwerk Biblis - 10 km Luftlinie.
- Darüberhinaus gehöre ich dem BUND und
Greenpeace an.



Als Mitglied der "Aktiven Frauen"
in Biebesheim engagiere ich
mich in verschiedenen sozialen
Bereichen, wie:

- "Betreuende
Grundschule",
- Frauenbeauftragte
(Gleichstellungsamt),

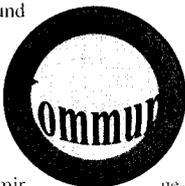
- Asyl-Toleranz.

Kommunalpolitisch tätig bin ich seit
1989 als Fraktionsvorsitzende im
Ortsparlament Biebesheim.

Seit 1992 Mitglied von Bündnis 90/
DIE GRÜNEN.

Ergebnis der Kommunalwahlen in
Biebesheim
7.3.93 - 20,91 %, Nachwahl 12.9.93 -
21,7 %.

Die Konzeption und
Organisation der
Bürgermeister-
Direktwahl 1993
unter Einbezie-
hung der CDU
und FDP wurde



maßgeblich von mir ge-
staltet. Thomas Rahner wurde mit 55,2
% der erste direkt gewählte Grüne
Bürgermeister von Hessen.

Unsere ersten Erfolge:

- Solarenergiebezuschußung,
- Regenwassernutzungsanlagen, Energie-
konzept für Biebesheim, Resolution
Biblis, Rücknahme der Klage Natur-
schutzgebiet Schmalwerth.

Hessische Landtagswahl
19. Februar 1995

Auf Platz 5
der Landesliste:

Ursula Hamman



Wahlparty
19.2.95, ab 18 Uhr
im Bürgerhaus Worfelden

Zweitstimme: GRÜNE
Wählen gehen!



Teilnahme am "Runden Tisch"
zur Sondermüllverbrennungs-
anlage Biebesheim 1991/1992.
Mitglied im Kontrollausschuß
sowie der Kommunalen Ar-
beitsgemeinschaft der SMVA.

Mitinitiatorin der zur Zeit
laufenden Unterschriftenaktion
Atomkraftwerk Biblis.



Grüne Frau

am Ball

Mitinitiatorin für
das nun begin-
nende Bio- und
Humanmonitoring
(Gesundheits-
studien) im
Südkreis Groß



Gerau. Auch für den Be- reich des
Frankfurter Flughafens soll die Erfas-
sung der Belastungssituation durch
Umweltschadstoffe durchgesetzt
werden. Näheres zu den Gesundheits-
studien auf Seite 2.



Direktkandidatin
für den Kreis-
verband Groß
Gerau- Wahl-
kreis 48:
Biebesheim,
Büttelborn,
Gernsheim, Groß

Gerau, Kelsterbach, Mörfelden-
Walldorf, Raunheim, Riedstadt,
Stockstadt.

Anschrift:

Ursula Hammann
Falltorstraße 9
64584 Biebesheim
Tel. und Fax 06258/81485

Was ist "Biomonitoring" ?

Das Programm ist sehr gut geeignet, die Luftverunreinigungen eines Raumes endlich einmal konkret zu beschreiben, um daraus Konsequenzen abzuleiten.

Beim Biomonitoringprogramm Biebesheim wurde an 21 Standorten in Hessen und vier in Rheinland-Pfalz Grünkohl, Weidegras, Klonflechten und Tabak als Bioindikatorpflanzen untersucht. Während der Tabak zur Indikation von Ozon- und Photooxidanteneinwirkung eingesetzt wurde, sind in der Zwischenzeit im übrigen Pflanzenmaterial die Gehalte von etwa 100 Inhaltsstoffen bestimmt worden. Dies geschieht in Zusammenarbeit der Hessischen Landesanstalt für Umwelt, der Fachhochschule in Gießen und dem Lehrstuhl für Pflanzenökologie der Universität Gießen.

Wo ist der Fahrgast König?

Finden Sie auch, daß Bus- und Bahnreisende viel zu wenig „Lobby“ haben? Daß Waldsterben und Sommersmog gute Argumente für bessere Nahverkehrsverbindungen sind? Dann steigen Sie ein in den VCD, den Verkehrsclub für alle umweltbewußten Menschen!



VERKEHRSCLUB DEUTSCHLAND e.V.
Bundesgeschäftsstelle:
Eifelstraße 2 • 53119 Bonn
☎ (02 28) 9 85 85-0 • FAX 9 85 85-10

Regionalbüro Darmstadt/Groß-Gerau:
Lauteschlagstraße 24 • 64289 Darmstadt
☎ (0 61 51) 42 22 54 • FAX 7 56 82



Was atmen Worfelder Kinder ?

Ursula Hammann fordert Humanmonitoring im Bereich des Frankfurter Flughafens

Die Belastungssituation durch Umweltschadstoffe der im Bereich des Frankfurter Flughafens lebenden Bevölkerung soll bestimmt und mögliche gesundheitliche Auswirkungen erfaßt werden. Damit soll ein "Humanmonitoring" in Form der Gesundheitsstudie im Bereich der Sondermüllverbrennungsanlage Biebesheim auch im Nordkreis durchgeführt werden.

Hierfür sollen Untersuchungen im Bereich des Immunsystems, der Atemwege, Belastungen der Organchlorverbindungen und Schwermetallen bei Kindern vorgenommen werden.

Allerdings ist Frau Hammann sich bewußt, daß Gesundheitsuntersuchungen im Bereich des Frankfurter Flughafens nur eine ergänzende Maßnahme darstellen.

Eine Beschränkung der Zahl der Flugbewegungen, eine Ausweitung der derzeitigen Nachtflugbeschränkungen sowie eine Umwelt-Untersuchung mit den daraus resultierenden Schritten muß in der kommenden Legislaturperiode des hessischen Landtages und von einer neuen rot-grünen Landesregierung umgesetzt werden. (Peter Best)



Ursula Hammann:
"Die Zukunft unserer Kinder sichern heißt: jetzt handeln !"

Nicht nur reden, sondern politisch handeln !

Mach mit in der GLB ! Ruf mal an !
Erika Korent, Lerchenweg 4, Tel. 40821

Impressum

Verantwortlich für den Inhalt: Fraktion der GLB
Kontaktadresse: Peter Best, Mozartstr. 26, 6087
Büttelborn, Tel. 54525

Meine Bilanz zur rot-grünen Koalition in

Hessen

von Wulf Witusch

Mit der bevorstehenden Landtagswahl geht die Legislaturperiode einer rot-grünen Koalitionsregierung in Hessen zu Ende. Jeder politisch interessierte Bürger wird aus seinem Blickwinkel eine Bewertung der politischen Arbeit der Landesregierung und des Landesparlamentes vornehmen, und je nach politischem Standort und persönlicher



Interessenslage mehr oder weniger mit dem Ergebnis zufrieden bzw. unzufrieden sein. Recht machen kann man es bekanntlich niemanden, aber aus meiner Sicht sind doch einige Themen mit den GRÜNEN behandelt worden, die in früheren Regierungskoalitionen un bearbeitet blieben und hier einmal herausgestellt werden sollen.

Mehr Sicherheit in der Chemieindustrie

Viele werden sich noch an die Chemieunfälle bei der Höchst AG im Jahr 1993 erinnern. Mängel an den Chemieanlagen waren Verursacher dieser Störfälle. Die Landesregierung hat umgehend zum Schutze der Anwohner und Mitarbeiter reagiert.

Lärminderungspläne

In einigen Städten wurden modellhaft Lärmkarten erstellt um Lärmbelastungen zu erfassen, die in Lärminderungsplänen Zugang finden. Sie bieten Planungshilfen zur Lärminderung und damit zur Verbesserung der Lebensqualität am Arbeitsplatz und im Wohnumfeld.

Sicherung der Wasserversorgung

Aus dem 5-Punkteprogramm soll hier nur an die Wassernotstandsverordnung des Umweltministers Joschka Fischer der Sommer 1992 und 1993 erinnert werden, die nicht nur meßbare Einsparungen erbracht, sondern auch das Bewußtsein der Bevölkerung in Industrie und Haushalt für den sparsamen Umgang mit dem Gut Wasser geschärft hat.

Wassersparen

Hessenweit werden Millionenbeträge zur Förderung von Projekten für Wassersparmaßnahmen wie Anlagen von Regenwasserzisternen, Wasseraufbereitungsanlagen usw. ausgegeben.

Naturnahe Gewässer

Für den naturnahen Rückbau von Gewässerläufen-Stichwort Renaturierung- werden im Landeshausalt Gelder bereitgestellt.

Abfallentsorgungsplan

Dieser Plan enthält Vorgaben für die Getrenntsammlung und Verwertung von belasteten und unbelasteten Abfällen jeglicher Art, wie Hausmüll, Bodenaushub, Bauschutt, Klärschlämme, usw.

Biokompostierung

In Hessen werden derzeit die Hälfte der 600.000 Tonnen Bioabfälle kompostiert und dadurch die Mülldeponien erheblich entlastet.

Sonderabfallabgabe

Sie ist für manchen Anlieferer bestimmt schmerzlich, aber für das Ziel, Sonderabfall zu vermeiden notwendig, zumal finanzielle Anreize aus den Einnahmen für den Umbau zu umweltfreundlichen Produktionsanlagen, Produktionsprozessen usw. gewährt werden.

Energiesparmaßnahmen

Hierunter fallen Förderungen für Solaranlagen, Blockheizkraftwerke, Wasserkraft- und Windanlagen.

Altlastensanierung

Leider wurden in der Vergangenheit, weil im Bewußtsein der Bevölkerung noch nicht genügend verankert, viele Umweltsünden begangen. Zur Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen wie Grundwasser, Boden und Luft sind Sanierungen unerlässlich. Auch hierfür stehen Landeshilfen zur Verfügung.

Tempolimit gegen Sommersmog

Wir alle erinnern uns noch sehr gut an das von Joschka Fischer angeordnete Tempolimit des vergangenen Sommers wegen der hohen Ozonbelastung. Gestritten wurde über Sinn und Unsinn der Maßnahme, aber gehalten haben wir uns daran, -hoffentlich nicht aus obrigkeitsschweigendem Verhalten sondern aus Einsicht-, und allein das war ein Erfolg. Nachahmer hat diese Verordnung bereits in anderen Bundesländern gefunden.

Atompolitik in Hessen

Eine Wende in der Atompolitik in Hessen wurde vom grünen Umweltminister Fischer eingeleitet. Nach Störfällen im Atomkraftwerk Biblis A und den Unfällen in den Brennelementenwerken Hanau wurden die Sicherheitsmängel nicht länger toleriert. Nach Tschernobyl hat die Sicherheit der Bevölkerung einen höheren Stellenwert als wirtschaftliche Interessen. Erinnert sei daran, daß die Endlagerung der Atomabfälle bis heute nicht gelöst ist.

Bilanz

Für mich ist dies eine Bilanz, die Bestand hat. Natürlich bleiben Wünsche offen, aber die GRÜNEN im Landtag sind nur Juniorpartner der größeren SPD und nicht alle Maßnahmen sind aus der Sicht der Naturschützer ausreichend und umfassend.

Landgraben soll weiter giften

Vorfluter für Darmstadt und Merck

Wie Sie alle wissen, dient der Landgraben der Stadt Darmstadt sowie der Firma Merck als sogenannter Vorfluter. Das ist ein Gewässer, das die gereinigten Abwässer aus einer Kläranlage aufnimmt. Da dies seit vielen Jahrzehnten so ist und die Kläranlagen früher deutlich schlechter waren als heute, sowie verschiedene Verfahren (z.B. Kühlung der Asche aus Müllverbrennung) ihre Fracht an den Landgraben abgaben, hat sich die giftige Fracht in dem Bachbett abgesetzt.

14.000 Tonnen hochbelasteter Bachschlamm

Heute ist es so, daß allein in der 3,3 km langen Strecke zwischen Hoher Brücke und Ponyhof etwa 14.000 Tonnen teilweise hochbelasteter Bachschlamm liegt. Da finden sich fast alle Schwermetalle, teilweise in sehr hohen Konzentrationen. Sollten diese ausgewaschen werden und ins Grundwasser abdriften, dann „Gute Nacht“, die Trinkwasserversorgung aus den nahegelegenen Brunnen in Dornheim wäre nicht mehr möglich!

Trinkwasserbrunnen bei Dornheim gefährdet

Aber auch so ist dieser Zustand einfach nicht länger tragbar. Es kann sich in und an diesem Gewässer einfach kein richtiges Leben entwickeln, so daß der Landgraben weiterhin, trotz verbesserter Wasserqualität, einer der belastesten Bäche in Hessen bleibt.

Was passierte bisher ?

Für uns, die GLB, war dieses Gewässer, seit unserem Einzug in die Gemeindevertretung, immer ein Punkt des Nachfassens. Wir haben schon damals, bei der ersten „Renaturierung“, die auch schon enorme Gelder verschlungen hat, auf den Giftschlamm hingewiesen und daß man damit eigentlich eine dringend erforderliche Entschlammung erschweren wird. Nun, unser Protest hat damals nichts genutzt, die Maßnahme wurde durchgezogen.

"Studie zur Sanierung des Landgrabens"

Vor etwa einem Jahr ist es endlich zur Fertigstellung einer „Studie zur Sanierung des Landgrabens“ im



Landgraben: Den Giftschlamm in den Händen

Auftrag des Wasserverbandes gekommen. Es wurden mehrere Varianten untersucht und nach vielen Gesprächen sind noch übriggeblieben:

- **Naßbaggerung mit Aufbereitung des entnommenen Schlammes,**
- **völlige Verlegung des Bachbettes mit Kalkung des alten Schlammes und anschließender Abdeckung mit dem Material aus dem neuen Bachbett,**
- **gar nichts tun, alles beim alten lassen.**

Wir, die GLB, haben zu diesem Thema Diskussionen mit allen örtlichen Naturschutzvereinen sowie mit

einer Bürgerinitiative aus Groß-Gerau getarnt und zu einem gemeinsamen Standpunkt zu kommen. Nach einhelliger Meinung wäre es das Beste, den Bach kurzzeitig anzuleiten, den Schlamm mit dessen Zustand zu beseitigen, das Bachbett an bestimmten Stellen zu renaturieren und im Naturschutzgebiet so wenig wie möglich zu stören. Aber diese Variante stand wegen der hohen Kosten nicht zur Debatte. Wir einigten uns auf die Naßbaggerung um wenigstens das Problem endlich anzupacken.

Im Mai 1994 gab es noch eine große Anhörung im Landratsamt, in der der Vertreter der Oberen Naturschutzbehörde unmißverständlich erklärte: „der Verlegung des Bachbettes und dem Verbleib des Giftschlammes im Boden wird seine Behörde niemals zustimmen!“ Danach haben sich die betroffenen Kommunen auf die gleiche Variante (Naßbaggerung) verständigt und entsprechende Beschlüsse gefaßt. Jetzt kann es endlich losgehen!

Pustekuchen, nichts gibt's! Im Herbst erreichte uns die Nachricht, daß sich die Landesbehörden auf die „Verlegungsvariante“ verständigt haben. Alle bisherigen Beratungen in den Kommunen waren für die Katz. Der Giftschlamm soll also im Boden bleiben!

Landesbehörde will Verlegung des Bachbettes:

Der Giftschlamm soll im Boden bleiben

Die Gutachter des Wasserverbandes sehen hier deutliche Gefahr für das Trinkwasser! Die Kommunen können zwar auf der ausgewählten Variante bestehen, aber dann müssen sie einen erheblich höheren Kostenanteil übernehmen!

GLB will sich nicht damit abfinden

Wir, die GLB, wollen uns damit keineswegs abfinden. Wenn für die Landesbehörde ein Planfeststellungsverfahren kein Problem darstellt (was bis vor kurzem noch angeblich so war), dann wollen wir die kurzzeitige Umleitung des Landgrabens mit anschließendem Entfernen des Giftschlammes. Diesen Vorschlag werden wir rechtzeitig einbringen und für dessen Umsetzung Partner suchen.

Ziel: Kurzzeitige Umleitung des Landgrabens und entfernen des Schlammes.

(Josef Korent)

Genosse May, mit uns keine Ostumgehung der B44!

SPD Landtagsabgeordneter May fordert in Dornheim und Groß Gerau lauthals die Ostumgehung der B44. Die Bundesstraße soll auf der Büttelborner Seite der Riedbahnstrecke gebaut werden. Die Büttelborner SPD will May dafür weich klopfen.

In seinem Wahlkampf übersieht dabei May, daß - diese Ostumgehung eine intakte Naturlandschaft zerstören wird: das "Dornheimer Wäldchen" zwischen Riedbahn und Ponyhof, die Fischteiche an der Riedbahn sowie das untergeschützte Feuchtwiesengebiet "Bruchwiesen bei Büttelborn",

- kolossale Baukosten anfallen werden: insgesamt 6 Brücken (vor Dornheim, Landstraße nach Berkach, B 42, Bahnstrecke Darmstadt-Mainz, Bahnstrecke Mannheim-Frankfurt, Bundesautobahn,

- die Straßentrasse durch das Sumpfbereich des Altneckarbettes geführt werden muß,

- der Ortsteil Büttelborn bei Westwinden einen enormen Lärmzuwachs erfahren wird,

- der Wohnsiedlungsschwerpunkt von Groß-Gerau im Westen (Esch) liegt, dort also auch die Entlastungsstraßen geführt werden müssen,

- die Stadt Groß-Gerau ihre Weiterentwicklung auf Kosten der Gemeinde Büttelborn vorantreiben will. So gibt es Planungen für ein Industriegebiet, das sich östlich vom Dornberger Bahnhof bis zur Gaststätte "Onkel Otto" am Ortsrand von Büttelborn erstreckt.

Ursula Hammann hat für die GRÜNEN im Kreis am 25.1.95 in der Heimatzeitung dazu unmißverständlich Stellung bezogen: " Da die von der Stadt Groß-Gerau favorisierte große Ostumgehung auf zahlreiche Widerstände trifft sowie durch die lange Trasse und das große Brückenbauwerk außerordentlich kostenintensiv wird, würde sich als Lösung die Verlegung der Bundesstraße B44 auf den Nördring und die alte Bundesstraße B 42 anbieten, um den Durchgangsverkehr durch die Kreisstadt zu vermeiden. Für Dornheim sollte die kleine Westumgehung, die auch den Lastverkehr aus Leeheim aufnehmen könnte, schnellstmöglich überprüft werden."



Aussicht von der Riedbahnbrücke Büttelborn-Berkach Richtung Dornheim.

Die Auenlandschaft soll ausgeht werden.

(Peter Best)

Müllzweckverband

Die Abfuhr des Mülls obliegt der Gemeinde. Die Gemeinde kann diese Pflicht Dritten übertragen. Auch Büttelborn wurde der Müll bis zum letzten Jahr vom Müllzweckverband (MZV) abgefahren. Weitere Mitglieder dieses Zweckverbandes sind Groß-Gerau, Kleinstadt, Trebur, Stockstadt und Gernsheim.

Gutachten nicht zugänglich

Im Jahre 1993 wurde eine Studie über die Effektivität des MZV angefertigt. Die Ergebnisse dieser Studie wurden den Mitgliedsgemeinden, so die Auskunft von Bürgermeister Götzleuchter, niemals zugänglich gemacht. Auch nachdem die Gemeinde Büttelborn, auf Antrag der GLB, den MZV aufgefordert hatte, die Studie den Mitgliedsgemeinden zur Verfügung zu stellen, wurde diese weiter unter Verschluss gehalten.

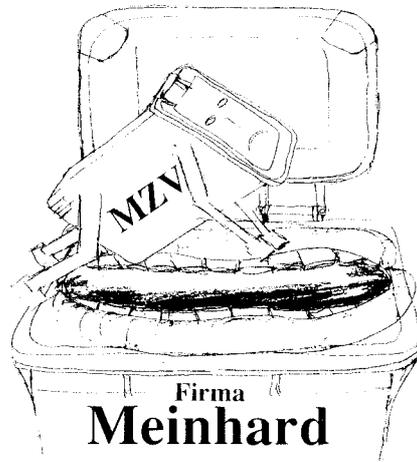
Verdacht auf Mißwirtschaft

Die Gründe dafür können nur in den schlimmen Ergebnissen der Studie für den MZV liegen. Im Jahre 1994 wurde im Vorstand des MZV über einen Verkauf des Fuhrparks und eine Übertragung der Aufgaben an eine private Entsorgungsfirma nachgedacht. Die Gemeinde Büttelborn hat sich mit einem einstimmigen Beschluß des Haupt- und Finanzausschusses dafür ausgesprochen, vor einer Privatisierung zu versuchen, die Arbeit des MZV effektiver zu gestalten und den kommunalen Zweckverband zu erhalten.

Mit Verkauf Spuren verwischen

Leider hatte der Vorstand des MZV nichts eiligeres zu tun, als den Verkauf so schnell wie möglich über die Bühne zu bringen. Bei anderen Gelegenheiten wird

"entsorgt"



Meinhard schluckt den Müllzweckverband und erweitert sein Monopol.

von sozialdemokratischer Seite eine zu schnelle Privatisierung von staatlichen Aufgaben kritisiert. Hier werden im Gegensatz zu dieser häufig berechtigten Kritik die Aufgaben eines kommunalen Verbandes nur durch Beschluß des Vorstandes, ohne auf die Mitgliedsgemeinden zu hören, an ein privates Unternehmen übertragen. Ergebnis: Ab 1. Januar 1995 wird der Müll in der Gemeinde Büttelborn vom Unternehmen Meinhardt abgefahren.

Privatwirtschaft vorläufig billiger

Wer nun befürchtet, daß die privatwirtschaftliche Lösung teurer würde als die kommunale, der kann zunächst beruhigt sein. Der Gemeinde Büttelborn entstehen 140 000 DM weniger an Kosten als vorher. „Alles in Butter“ könnte man sagen und sich in seinem kommunalpolitischen Sessel zurücklehnen.

Preise nur für 3 Jahre festgeschrieben

Aber das dicke Ende kommt noch: Der Vertrag mit Meinhardt läuft über 10 Jahre. Die Preise für die Müllabfuhr wurden aber nur für 3 Jahre festgeschrieben. Das heißt, ab 1998 kann die Rechnung für den Verbraucher ganz anders aussehen. Ein Zurück zum Müllzweckverband alter Prägung ist nicht mehr möglich, da alle Fahrzeuge verkauft wurden und alle Müllwerker nun für Meinhardt arbeiten. Obwohl alle Aufgaben des Müllzweckverbandes abgegeben wurden, obwohl der gesamte Fuhrpark und alle Arbeiter von der Firma Meinhardt übernommen wurden, soll der MZV nicht etwa aufgelöst werden, sondern trotzdem weiterbestehen.

Firma verkauft, Geschäftsführer bleibt

An Personal sollen der Geschäftsführer, der ehemalige Bürgermeister von Worfelden, Friedel Langendorf, und zwei Schreibkräfte beschäftigt werden. Das Vermögen beträgt etwa 6,5 Millionen Mark. Wir werden beantragen, die Aufgaben des MZV genau zu prüfen. Sie können unserer Meinung nach nur in einer Koordinierung der Interessen der Mitgliedsgemeinden und einer einheitlichen Interessenvertretung gegenüber der Firma Meinhardt bestehen.

Ob dafür ein hauptamtlicher Geschäftsführer benötigt wird, darf zumindest bezweifelt werden. Teure Beschäftigungsprogramme können sich die Gemeinden bei der bestehenden Finanzknappheit nicht leisten. (Frieder Engel)



R H E I N - M A I N - V E R K E H R S V E R B U N D

Im vergangenen Jahr ging es Schlag auf Schlag. Am 1. Januar 1994 trat das (im wesentlichen von Bündnis 90/Die GRÜNEN initiierte) ÖPNV-Gesetz* in Kraft, schon 6 Monate später wurde der Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) gegründet - zuständig für den Regionalverkehr von Marburg bis Erbach und von Limburg bis Fulda, einem Gebiet mit fünf Millionen Einwohnern. Seit November liegen nun die ersten Fahrplanentwürfe vor, die mit dem Schlagwort vom „Rhein-Main-Takt“ vorgestellt wurden.

Informationsabend "RMV"

Dies war Grund genug für die Grüne Liste Büttelborn (GLB), einen Informations- und Diskussionsabend zum Thema „RMV“ zu veranstalten.

Dipl.-Ing **Gerhard Stanek, Planer beim RMV**, erläuterte das Konzept des integralen Taktverkehrs: Die Fahrpläne sehen feste Zeitraster von 15, 30, 60 oder 120 Minuten vor mit kurzen Umsteigezeiten an regional verteilten Verknüpfungspunkten. Dort haben die Fahrgäste die Möglichkeit, aus jeder Richtung direkt in jede andere Richtung umzusteigen. Die Verbindungen werden schneller, der Taktfahrplan ist leicht zu merken. Dazu kommen weitere Vorteile: Ein einheitliches Tarifsystem und nur noch eine Fahrkarte im gesamten RMV-Gebiet.

Als weiterer Referent des Abends betonte **Folkmar Schirmer, Kreisbeigeordneter** in Groß-Gerau (Bündnis 90/Die GRÜNEN) die Chancen, die im

RMV stecken. Eine kreisweite ÖPNV-Arbeitsgruppe mit Vertretern aller Kommunen, der Verkehrsunternehmen u.a. sei gebildet worden, und erste Erfolge seien schon zu verzeichnen. In Verhandlungen mit dem RMV sei es gelungen, die Schienenverbindungen durch den Kreis (insbesondere die Verbindungen von Mainz nach Darmstadt sowie von Frankfurt über Groß-Gerau nach Mannheim) mit allen Haltepunkten zu erhalten, ja sogar zusätzliche Fahrten zu vereinbaren. Nun gelte es, bis zum Start des RMV im Mai '95, eine entsprechende Anpassung der Busfahrpläne in Angriff zu nehmen, soweit dies in der kurzen Zeit noch machbar sei.

Stephan Hajak vom Verkehrsclub Deutschland (VCD) unterstützte dieses Vorhaben und erläuterte anhand bestehender Regional- und Stadtbussysteme die Möglichkeiten, die im öffentlichen Nahverkehr stecken. Beispielsweise nutzen in der 15.000-Einwohnerstadt Sigmaringen täglich 1500 Fahrgäste das Ortsbusnetz, das mit einem 30-Minuten-Takt betrieben wird.

Forderungen für Büttelborn:

Für die GLB erläuterte Andreas Peters die Forderungen an das Nahverkehrskonzept des Kreises. Wichtig sei die Vertaktung der bestehenden Buslinie 5 (Groß-Gerau - Büttelborn - Mörfelden) mit den Bahnlinien, insbesondere sei die Fahrtroute mit einem neuen Halt am Bahnhof Klein-Gerau zu versehen. Dies böte die Möglichkeit schneller Verbindungen

Eine neue Chance für den Nahverkehr

aller Büttelborner Ortsteile nach Mainz und Wiesbaden, mindestens im Stundentakt. In der anschließenden Diskussion wurde besonders von jüngeren Teilnehmern die gezielte Ausweitung des Fahrplans abends, nachts und am Wochenende gefordert, damit die Freizeit auch ohne Auto gestaltet werden könne. Die GLB wird diese und weitere Anregungen sammeln und gegenüber der Gemeinde und dem Kreis vertreten. Für weitere Informationen und Vorschläge hier die folgenden Adressen:

- Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Am Kreis-
haus 1-5, 65719 Hofheim/Ts.

- Landratsamt, Folkmar Schirmer, Wilhelm-Seipp-
Str. 4, 64521 Groß-Gerau

- VCD Kreisverband Groß-Gerau, Stephan Hajak,
Hessenring 1, 64546 Mörfelden-Walldorf

- Grüne Liste Büttelborn, Andreas Peters, Kurt-
Schumacher-Ring 38, 64572 Büttelborn/Klein-Gerau

* Zur Erläuterung: ÖPNV = Öffentlicher Personen-
Nahverkehr

(Andreas Peters)